

Medienmitteilung vom 25. August 2021

Petra Gössi zu Gast an der Parteiversammlung der FDP.Die Liberalen Zug

Die Zuger FDP sagt Ja zur «Ehe für alle» und Nein zur 99%-Initiative

An ihrer Parteiversammlung vom 24. August 2021 in Walchwil haben die Mitglieder der FDP.Die Liberalen Zug klar Ja gesagt zur «Ehe für alle» und einstimmig Nein zur 99%-Initiative. Zu Gast bei den Zuger Liberalen war Parteipräsidentin Petra Gössi.

Die Parteiversammlung der Zuger FDP vom 24. August 2021 war nach langer Corona-bedingter Pause, die erste Versammlung, die wieder einmal physisch stattfinden konnte. Umso grösser war die Freude von Präsident Cédric Schmid, die FDP-Mitglieder in Walchwil zahlreich persönlich begrüssen zu dürfen. In seiner Begrüssung erwähnte Schmid die Medienberichterstattungen der letzten Wochen über die FDP, die der Partei nicht gerecht werden. Gerade heute, in Zeiten von Corona, wo der Staat massiv aufgebläht wird, wo die einen Abgaben und Steuern erhöhen und Verbote einführen wollen - und wo andere mit ihren Rezepten der Isolationsromantik unser Land in die Handlungsunfähigkeit treiben und gleichzeitig Land und Stadt gegeneinander aufhetzen, statt sie zu vereinen - gerade heute brauche es die FDP mehr denn je, so Cédric Schmid. Denn die FDP setzt sich ein für Möglichkeiten und gegen Verbote. Denn nur mit technologischem und gesellschaftlichem Fortschritt werden wir weiterkommen. Verbote lösen keine Probleme, sondern schaffen neue. Die FDP sehe sich als Ermöglicher der Zukunft und nicht als Bewahrer des Status quo. Und so gibt es auf alle Herausforderungen eine liberale Lösung. Und wo nicht, werde die FDP eigene Lösungsansätze entwickeln, ist Cédric Schmid überzeugt.

Petra Gössi plädiert für den Einsatz aller, um unser Land weiterzubringen

Die tiefgreifende und langanhaltende Coronakrise habe unsere liberalen Werte einer harten Belastungsprobe unterstellt, sagte Petra Gössi in ihrer Rede an die Zuger FDP-Parteimitglieder. Angesichts einer drohenden vierten Welle sei es umso wichtiger, dass wir nicht in alte Muster zurückverfallen. Denn im Unterschied zu den ersten Erfahrungen mit Corona haben wir mit der Impfung heute einen effektiven Schutz gegen Einschränkungen. Gerade deswegen sei es wichtig, die richtigen Anreize zu setzen, um der Impfkampagne nochmals Schub zu verleihen. Der Impfstoff sei aktuell die einzige Möglichkeit, in die Normalität zurückzukehren. Dafür müssten alle ihr Eigenverantwortung wahrnehmen und ihren Beitrag leisten.

Bekämpft werden müssten jedoch nicht nur das Virus, sondern auch der langfristige Ausbau des Sozialstaats. Neben dem grossen Schuldenberg öffnen die Corona-bedingten Eingriffe in die Freiheitsrechte und in die Marktwirtschaft Tür und Tor für eine dauerhafte Ausbreitung des Staates sowie die Einführung neuer Steuern oder Regulierungen. Genau hier ist die FDP stark gefordert, um diesen linken Träumereien Einhalt zu gebieten, meinte Gössi. Die Corona-Krise bzw. die Zeit danach sei der richtige Zeitpunkt, um liberale Reformschritte voranzutreiben. Um gestärkt aus der Krise zu gelangen, so Parteipräsidentin Gössi, müsse die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandortes gewahrt bzw. erhöht werden.

Nein zur 99%-Initiative

Unbestritten war bei den Mitgliedern der FDP.Die Liberalen Zug die Ablehnung der 99%-Initiative. Die eidgenössische Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» will Kapitaleinkommen ab einem bestimmten Schwellenwert zu 150% besteuern. Die Vorlage und die Gründe dafür wurde von Ronahi Yener, Kantonsrätin SP und Präsidentin JUSO Kanton Zug vorgestellt. Ständerat Matthis Michel präsentierte die Gegenargumente und betonte, dass der Initiativtext sehr schwammig formuliert sei. Er legt weder fest, wie hoch der Schwellenwert sein soll, noch was unter Kapitaleinkommen zu verstehen ist. Die Annahme der Initiative würde zu einer massiven Erhöhung der Steuerbelastung für Investoren, KMU und breite Teile der Bevölkerung führen und der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Schweiz schaden. Die Folgen wären ein Rückgang der Investitionen und negative Folgen für Innovation und Unternehmertum. Die Mitglieder der Zuger FDP lehnen die 99%-Initiative einstimmig ab, denn die Initiative der Juso ist nicht nur extrem in ihrer Forderung, sie ist hochproblematisch in der Umsetzung. Die Initiative hat negative Folgen für KMU, Kleinanleger, Hauseigentümer, Landwirte und Startups. Sie basiert zudem auf der verzerrten Annahme einer zu geringen Vermögensbesteuerung und schadet langfristig der Attraktivität des Standorts Schweiz.

Ja zur «Ehe für alle»

Die Vorlage zur Gesetzesänderung «Ehe für alle» stellte Jill Nussbaumer, Vizepräsidentin der Jungfreisinnigen Schweiz und Mitglied des Vorstandes der FDP Frauen Kanton Zug vor. In der Schweiz können nur heterosexuelle Paaren eine Zivilehe eingehen. Gleichgeschlechtlichen Paaren steht hingegen nur die eingetragene Partnerschaft offen. Diese ist aber kein gleichwertiger Ersatz. Diesen diskriminierenden und ungleichen Zustand gilt es zu beseitigen. Aus liberaler Sicht ist die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare darum ein längst überfälliger und wichtiger Schritt. Eine andere Sichtweise und eine Ablehnung der Vorlage, vor allem in Bezug auf die Situation der Kinder, präsentierte SVP-Nationalrat Thomas Aeschi. Nach einer angeregten Diskussion, die sich ebenfalls um die Situation und die Adaption von Kindern drehte, sprachen sich die Mitglieder der FDP.Die Liberalen mit einzelnen Gegenstimmen für die «Ehe für alle» aus, weil sie die individuelle Freiheit stärkt und einer gewandelten gesellschaftlichen Realität entspricht.

Kontakte für Medienanfragen:

Cédric Schmid, Präsident, 079 787 32 37

Marc Reinhardt, Kommunikationsverantwortlicher, 079 336 24 74